

Bommert (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Büchel ist jetzt gar nicht mehr da?

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Doch, doch!)

- Doch. - Herr Büchel, Sie haben viel erzählt, viel Theorie. Sie sprachen von Bürgernähe. Von Unternehmensnähe habe ich in Ihrem Redebeitrag nichts gehört. Wahrscheinlich liegt es daran, dass Sie erst einmal „umswitchen“ müssen; Sie sind ja jetzt wirtschaftspolitischer Sprecher. Bei so viel Theorieergüssen, Herr Büchel, würde ich Sie gern einladen: Kommen Sie einmal in mein Unternehmen. Da können Sie sich richtig angucken, wie praktisch gearbeitet wird und welche Sorgen und Probleme Unternehmer haben.

(Oh! bei der SPD - Beifall CDU)

Das einmal gesehen zu haben ist vielleicht besser, als es aus irgendwelchen Büchern zu kennen. Meine Damen und Herren, der brandenburgische Mittelstand und das Handwerk sind das Rückgrat unserer einheimischen Wirtschaft. Wenn sie ins Strudeln geraten, wankt das ganze Land: vorbei Sozialticket, vorbei Schüler-BAföG, vorbei Ideen des öffentlichen Beschäftigungssektors, vorbei die sozialen Errungenschaften dieser Koalition. Auch wenn Sie es selbst nicht immer wahrhaben wollen: Diese sind nur zu finanzieren, wenn Unternehmen und Arbeitnehmer Steuern zahlen und Steuern zahlen können.

(Beifall CDU)

„Von nichts kommt nichts“, ist hier das Motto. Das kann man übrigens auch über diese Landesregierung sagen. Lassen Sie mich einige grundsätzliche Dinge zu diesem Einzelplan sagen. Mein Kollege Homeyer hat es schon angesprochen: Dieser Haushalt ist wahrlich kein Katalysator für eine künftige - positive - Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg. Nicht nur, dass in den kommenden zwei Jahren 45 Millionen Euro weniger für die Wirtschaftsförderung bereitgestellt werden. Der Betrag verdoppelt sich, da der Bund dieselbe Summe zugeben würde. Wenn man die Förderquote aus den letzten Jahren zugrunde legt, so gefährdet dieser Haushalt etwa 180 Millionen Euro an Investitionen. Das ist angesichts des stotternden Wirtschaftsmotors einfach unverantwortlich.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Wir vermissen hier auch eine grundlegende Idee für eine echte Zukunftsperspektive - für Unternehmer und für Arbeitnehmer. Mit den vorgestellten Konzepten „ProIndustrie“ oder „Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg“ wurde zwar viel Papier beschrieben, man hat aber leider vergessen, den Unternehmen die Übersetzungshilfe mit an die Hand zu geben.

(Beifall des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Eindeutig ist dabei nur die Tatsache, dass mit viel sprachlichem Hokusfokus der Rückgang der Fördermittel in Brandenburg kaschiert werden soll.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Wieso kaschieren? Das verstehe ich nicht!)

Wie in vielen anderen Fragen der Landespolitik wurde auch in diesem Bereich der Wirtschaft die Verantwortung auf den Bund

geschoben. Nur ein Beispiel: Natürlich ist es ärgerlich, dass der Bund die Mittel für den Gründungszuschuss gekürzt hat. Dieser war für das Land eine angenehme Angelegenheit. Das Geld kam aus Berlin, die Lorbeeren konnten im Land eingestrichen werden. Statt zu jammern und die Verantwortung wieder auf den Bund zu schieben, sollten sich die zuständigen Minister Baaske und Christoffers vielleicht einmal an die eigene Nase fassen und den Gründungszuschuss selbst aus Mitteln des Landes finanzieren. Das ist mittlerweile auch eine Forderung der Kammern. Das Geld wäre ohne Weiteres da; Kollege Homeyer hat es schon dargestellt. Das ist nur ein Beispiel der verfehlten Wirtschaftspolitik.

(Beifall CDU)

Die Themen Vergabegesetz und wirtschaftliche Betätigung von Kommunen möchte ich hier nur erwähnen. Aber auch hier wurde von der Landesregierung alles andere als unternehmerfreundlich agiert.

Doch damit nicht genug. Erst jüngst wurde in den Medien eine Studie der OECD mehrfach erwähnt, die Brandenburg trotz des Geburtenrückgangs und der Abwanderung Stärken im Bereich Fachkräfte bescheinigt.

Als Ursachen sehen die Forscher eine hohe Dichte wissenschaftlicher Einrichtungen mit guten Lernbedingungen.

Der Hauptgeschäftsführer der IHK Potsdam, René Kohl, brachte einen weiteren Standortfaktor ins Gespräch, nämlich eine gute Verkehrsinfrastruktur. Beides sind Bereiche, in denen Sie, meine Damen und Herren von der rot-roten Landesregierung, positive Akzente für unser Land setzen können. Doch was machen Sie?

Das Gegenteil! Sie kürzen bei den Hochschulen, ergehen sich in konzeptionslosen Fusionsplänen und streichen die Mittel für den Straßenbau zusammen.

Nur ein Beispiel:

Für die B96 in Oberhavel werden nicht einmal die nötigen Mittel für die Planung eingestellt. Das ist keine Wirtschaftspolitik. Das ist rot-rote Verhinderungspolitik.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme auf das Handwerk zu sprechen, der Wirtschaftsmacht von nebenan: immer gern erwähnt, immer gern besucht, aber leider sehr stiefmütterlich behandelt.

„Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilität unserer brandenburgischen Wirtschaft. Die fast 40 000 Handwerksbetriebe im Land liefern hochwertige Produkte und Dienstleistungen, sind innovativ, bilden aus und bieten Arbeitsplätze in der Region. Ob es um unser derzeit größtes Infrastrukturprojekt, den neuen Flughafen in Schönefeld, oder um den privaten Wohnungsbau geht: Ohne Handwerker ginge nichts voran. Jeder greift tagtäglich auf unzählige Leistungen des Handwerks zurück. Dafür gebührt dem Handwerk unser besonderer Dank.“

(Beifall CDU)

Diese schönen und warmen Worte, Herr Minister, stammen aus einer Pressemitteilung von Ihnen. Nur, warme Worte nützen dem Handwerker in wirtschaftlich unsicheren Zeiten zu wenig. Das stellten sowohl der Präsident der Handwerkskammer Potsdam, Jürgen Rose, als auch der Hauptgeschäftsführer, Ralph Bührig, am Montag bei der Vollversammlung der Potsdamer Handwerkskammer fest.

Bürokratieabbau, vereinfachte Förderverfahren, effiziente und punktgenaue Förderpolitik sind Prämissen, die wir Handwerker von der Politik verlangen. Ich empfehle deshalb dringend: weniger Theorie und mehr Pragmatismus.

(Beifall CDU)

Frau Hackenschmidt, da Sie hier heute so lautstark agieren, möchte ich Ihnen sagen: Wenn Sie an dem Papier von Ulrich Junghanns Kritik üben wollen, dann hätten Sie diese vor fünf Jahren äußern sollen, nicht aber hier heute im Nachgang.

(Beifall CDU)

Zum Thema Breitband: Wenn Sie sagen, dafür werde jetzt Förderung eingestellt, weise ich darauf hin: Wären die Worte Ihres Ministerpräsidenten aufgegangen, hätten wir alle schon 2009 Breitbandanschlüsse und brauchten heute diese Mittel dafür nicht mehr auszugeben.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Bommert, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Hackenschmidt zu?

Bommert (CDU):

Da Frau Hackenschmidt keine Zwischenfragen zulässt, mache ich das auch nicht. - Vielen Dank.

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE - Beifall CDU)